

1. Geografische Lage und Bevölkerung



Ausbilder erläutert jungen Flüchtlingen die Arbeit



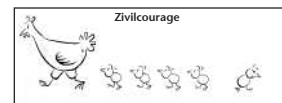
Landschaft in Norddeutschland



Landschaft in Süddeutschland

Die Gesetzesreform von 1999 brachte nur Kindern ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren wurden, eine gewisse Erleichterung. Sie erhalten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil mindestens seit 8 Jahren in Deutschland lebt. Zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr müssen sie entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit behalten oder ob sie eine andere Staatsangehörigkeit vorziehen. Kinder, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, können die doppelte Staatsangehörigkeit behalten.

Enttäuschend ist die geltende Regelung für die seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden Ausländer der älteren Generation. Für sie ist eine Reform, z.B. auch das kommunale Wahlrecht, politisch nicht durchsetzbar. Das kommunale Wahlrecht gilt nur für EU-Staatsbürger, die in Deutschland einen festen Wohnsitz haben.



Ausländische Bevölkerung in Deutschland 2016

	Anzahl 2015	Anzahl 2016	Anteil Ausländer 2015	Anteil Ausländer 2016	Veränderung Anzahl 2016/2015
Europa	6.831.428	7.073.980	75,0%	70,5%	3,55%
davon EU	(4.013.179)	4.279.770	(44,1%)	(42,6%)	6,64%
Afrika	429.048	510.535	4,7%	5,1%	18,99%
Amerika	251.829	259.840	2,8%	2,6%	3,18%
Asien	1.499.178	2.077.330	16,5%	20,7%	38,56%
Australien, Ozeanien	15.812	16.805	0,2%	0,2%	6,28%
staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe	80.598	100.585	0,9%	1,0%	24,80%
	9.107.893	10.039.075	100,0%	100,0%	10,22%

Die größte Nationalitätengruppe stellten 2016 die Türken mit 1,5 Millionen (= ca. 5% der ausländischen Bevölkerung). Rund 13% aller Menschen mit Migrationshintergrund sind in Deutschland geboren. Fast ein Drittel der ausländischen Bevölkerung lebt schon länger als 25 Jahre in Deutschland. (Enthalten sind keine Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit.) Die Einbür-

gerungsquote betrug 2016 nur 1,2% und geht zurück. (Quelle: Statistisches Bundesamt) 2015 haben ca. 890 000, 2016 ca. 280 000 und 2017 (Jan. – Sept.) ca. 140 000 Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan usw. und aus afrikanischen Ländern Deutschland erreicht.

Die Flüchtlingskrise seit 2015

1. Sorgen macht die große Zahl von Asylbewerbern aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens, aus Syrien, Irak und Afghanistan, und aus den Krisengebieten Afrikas. 2015 setzte eine Völkerwanderung über das Mittelmeer und über die sogenannte Balkanroute ein, die Europa in eine tiefe Krise stürzte. Im Mittelmeer vor den griechischen Inseln und vor Italien sind bereits Zehntausende ertrunken, die in Schlauchbooten Europa erreichen wollten.

Das Stichwort → Helferkreise

Ca. 890 000 Menschen kamen im Jahr 2015 nach Deutschland, 2016 waren es noch 280 000 und 2017 sind die Zahlen weiter zurückgegangen.

Seit dem Beginn der Flüchtlingskrise bildeten sich in Städten und Gemeinden Helferkreise aus Bürgern, die spontan ihre Hilfe anboten, weil die staatlichen Stellen anfangs hoffnungslos überfordert waren. In der deutschen Geschichte waren diese zivilgesellschaftlichen Initiativen etwas ganz Neues. Heute kümmern sich die Helfer um bezahlbaren Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge, um Sprachunterricht, Jobs und helfen bei Problemen des Alltags (Willkommenskultur).

2. Viele Geflüchtete sind inzwischen in Ausbildung und Arbeit. Ein weiterer Teil lernt Deutsch in Deutschkursen. Nicht zufriedenstellend gelöst ist die Lage der Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz, die nicht die Voraussetzungen des Asylrechts oder der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen und nicht dauerhaft bleiben dürfen, aber aus den verschiedensten Gründen auch nicht in ihr Heimatland zurück können. Der Ausspruch der Kanzlerin „Wir schaffen das“, d.h. die Aufnahme der Flüchtlinge, rief begeisterte Zustimmung, später aber auch Kritik und Ablehnung hervor. Unsicherheit und Angst vor Terror entstanden und rechtes Gedankengut verstärkte sich.



Nicht zu übersehen sind Schwierigkeiten, die einer schnellen Integration entgegenstehen. Erschwerend ist, dass 80% erst einen Beruf erlernen müssen neben der deutschen Sprache. Alle staatlichen Stellen, Kommunen, Arbeitsagenturen, Schulen und private Initiativen helfen, aber die Asylentscheidungen sind wegen der komplexen Probleme oft langsam und die Behördenwege mühsam. Gerichte sind überfordert, weil Zweidrittel der abgelehnten Asylbewerber klagen. Besonders kleine, engagierte Firmen beklagen sich, wenn ihre Azubis keine Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Viele Geflüchtete waren in ihrer Heimat allerdings selbstständig und wollen es auch in Deutschland wieder werden. Die KfW Förderbank stellt bereits fest, dass 2016 die Zahl der ausländischen Gründer im Vergleich zu einheimischen Gründern relativ hoch war.

Das Stichwort → Asyl

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ heißt es in Artikel 16a des Grundgesetzes. Dieses Grundrecht wurde aus der Erfahrung der Vergangenheit heraus formuliert: Für Deutsche, die vor der Naziherrschaft ins Ausland fliehen mussten, war die Gewährung von Asyl vor und während des Zweiten Weltkriegs überlebenswichtig. 1993 wurde nach heftigen politischen Auseinandersetzungen das Recht auf Asyl modifiziert. Asylbewerber, die aus sicheren Drittstaaten (= Länder, in denen die Genfer Flüchtlingskonvention und die europäische Menschenrechtskonvention gilt) einreisen, haben kein Anrecht mehr auf Asyl (Schengener Abkommen und Dubliner Verfahren, siehe S. 92).

3. Bundesweit sind Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen worden, in denen Flüchtlinge Asyl beantragen. Das Dubliner Verfahren war wegen des Ansturms außer Kraft. Bürgerkriegsflüchtlinge haben gute Aussichten auf Asyl. Anerkannte Flüchtlinge können ihre nächsten Angehörigen – Kinder, Eltern, Ehegatten – nach Deutschland nachholen.

Die Entscheidung über die Anerkennung von Asyl fällt in Deutschland das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg (= BAMF) und seine Außenstellen. Abgelehnte Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten können relativ schnell abgeschoben (= zurückgeschickt) werden. Deutschland versucht inzwischen, die Zahl „sicherer“ Drittstaaten zu erhöhen, um mehr Flüchtlinge zurückschicken zu können. Flüchtlinge, die nicht abgeschoben werden können (Länder verweigern z.B. die Rücknahme), können einen subsidiären Schutz, ein begrenztes Bleiberecht für ein Jahr, bekommen. Sogenannte Gefährder, von denen Terrorgefahr ausgehen kann, müssen sofort konsequent abgeschoben werden. Es gibt für die meisten keine legale Möglichkeit, ein sicheres EU-Land zu erreichen. Deshalb flüchten viele mit falschen Papieren und auf lebensgefährlichen Wegen und bezahlen das oft mit ihrem Leben.

4. Brüssel appellierte an die Solidarität der Länder und schlug einen Verteilerschlüssel mit bestimmten Aufnahmequoten vor. Das Ergebnis war niederschmetternd. Viele, allen voran die neuen EU-Länder im Osten, lehnten die Aufnahme von Flüchtlingen strikt ab, trotz der Appelle des EU-Präsidenten für Menschlichkeit und Solidarität. Es drohen aber auch innere Gefahren: Rechtsradikale Kräfte verbreiten Hassbotschaften über das Internet; rechte Pöbler und verblendete Mitläufer setzen Flüchtlingsunterkünfte in Brand und verüben Gewalttaten. Neu ist die hohe Emotionalisierung, die zu Gewalt führt. Hass auf der Straße und im Netz wendet sich besonders in Ostdeutschland gegen Politiker, „die da oben“, gegen

die Polizei und die Medien. Eine ausgewogene Sozialpolitik ist gefordert, die die sozialen Ungleichheiten zwischen Ost und West im Blick hat und die Defizite anpackt (siehe auch S. 73/74).

5. Angesichts neuer Terrorgefahren haben sich die EU-Mitgliedsländer geeinigt, die EU-Außengrenzen besser zu schützen (siehe Frontex, S. 145). Nationale Kontrollen an den EU-Innengrenzen sollen das Schengener-Abkommen der offenen Grenzen aber nur vorübergehend außer Kraft setzen.

6. Das NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge bringt Betriebe aller Größen, Branchen und Regionen zusammen, die geflüchtete Menschen beschäftigen oder sich ehrenamtlich engagieren wollen. Es ist eine Initiative des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) und wird vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert. Es mangelt nicht an Offenheit und Bereitschaft, aber an Wissen und Praxis. Die will das Netzwerk vermitteln, damit Integration aktiv angepackt wird. Viele Unternehmen sind schon Mitglied geworden und die Zahl wächst.

Über 100 bekannte deutsche Unternehmen haben ein Integrationswerk gegründet: www.wir-zusammen.de. Sie unterstützen Integrationsprojekte, bieten Praktikumsplätze an und übernehmen Patenschaften. Die Zahlen steigen nur langsam an, denn es gibt viele Hürden: Oft reichen die Deutschkenntnisse nicht aus und die Asylverfahren sind nicht abgeschlossen. Dass die Flüchtlinge den Fachkräftemangel in Deutschland lindern können, sehen mehr als die Hälfte der Deutschen skeptisch. Der Weg in eine qualifizierende Ausbildung braucht Zeit, mindestens zwei Jahre. Kleine und mittelständische Betriebe bieten Jobs an, oft nur Aushilfjobs.

